

WIDERSPRUCH

Beiträge zu
sozialistischer Politik

59

Integration und Menschenrechte

Migration, Islam, Leitkultur; Integrationsdiskurse, Citoyenneté, Interkultur, Härtefallpraxis, Grundrechte; Einbürgerung, Second@s, Gewerkschaften; Sarrazin-Debatte, Sozialstaat und Desintegration; Kopftuch- und Burkaverbot, Neo-Rassismus

U. K. Preuß, G. D'Amato, S. Prodolliet, A. Sancar, C. Dubacher, E. Mey, H. Gashi, E. Piñeiro, K. Scherschel, C. Butterwegge, E. Joris/K. Rieder, T. Schaffroth, F. O. Wolf, M. Bojadzijeve et al.

Diskussion

H. Busch: Ausschaffungsinitiative und Folgen
J. Lang: Strategien gegen die Nationalkonservativen
A. Rieger: Macht der Finanzwirtschaft
H. Schatz: Bedingungsloses Grundeinkommen
M. Wendl: Traditionsozialismus und Streitkultur
H. Schäppi: Venezuela und Desinformationspolitik

Marginalien / Rezensionen / Zeitschriftenschau

224 Seiten,
Einzelheft: Fr. 25.– / € 16.–
Abonnement (2 Hefte): Fr. 40.– / € 27.–

zu beziehen im Buchhandel oder bei

WIDERSPRUCH
Postfach,
CH - 8031 Zürich
Tel./Fax 0041 44 273 03 02
vertrieb@widerspruch.ch
www.widerspruch.ch

Integration und Menschenrechte

Editorial	3
Ulrich K. Preuß Integrationspolitik ohne Leitkultur. Zur „kulturellen Unverträglichkeit“ des Islam	7
Gianni D'Amato Der Kampf um Integration. Vom Integrationsdiskurs zur Praxis	15
Simone Prodolliet Citoyenneté. Zeit für einen Perspektivenwechsel	23
Annemarie Sancar Grundrechtsbasierte Integrationspolitik	29
Claudia Dubacher Die Härtefallpraxis in der Ausschaffungspolitik	37
Eva Mey Blockierte Secondas und Secondos. Biographische Studien zur Integration von Jugendlichen in der Schweiz	45
Hilmi Gashi Die Migration fordert Gewerkschaften heraus	55
Esteban Piñeiro Phantasma der Integration. Interkultur und Schweizer Integrationspolitik	63
Karin Scherschel Asylsuchende und Geduldete. Staatlich regulierte Integrationsverweigerung in Deutschland	73
Christoph Butterwegge Die Demontage des Sozialstaates. Arme und Migrant/innen im Visier von Guido Westerwelle, Thilo Sarrazin und anderen	85
Elisabeth Joris / Katrin Rieder Entschleierungen in der Kopftuch- und Burkadebatte. Gleiche Rechte statt Verbote	97
Thomas Schaffroth Republikanischer Rassismus in Frankreich. Klassenkonflikte und staatlich verordnete Strategien der Eindämmung	105
Frieder Otto Wolf Die Wiederkehr des Neo-Rassismus	113
Soziale Krisen und Rassismen Ein Gespräch zwischen Manuela Bojadzijev, Birgit zur Nieden, Juliane Karakayali, Serhat Karakayali und Ceren Türkmen	119

Diskussion

Heiner Busch Nach der Annahme der Ausschaffungsinitiative. Menschenrechtspolitik ohne Kompromisse	131
Josef Lang Die Nationalkonservativen und linke Gegenstrategien	141
Andreas Rieger Die Macht der Finanzwirtschaft in der Schweiz. Widersprüche im Machtblock und Chancen eines Richtungswechsels	151
Holger Schatz Versprechen, Verhängnis oder Vorschein? Zur Kritik am Bedingungslosen Grundeinkommen	165
Michael Wendl Traditionsozialismus und Streitkultur. DIE LINKE ringt um ihr politisches Selbstverständnis	177
Hans Schäppi Venezuela unter Dauerbeschuss. Parlamentswahlen 2010 und die Desinformationspolitik der Medien	189

Marginalien / Rezensionen

Martin Geiger über Sabine Hess, Bernd Kasperek (Hrsg.): Grenzregime. Diskurse, Praktiken, Institutionen in Europa	197
Paul Scheibelhofer über Sabine Hess, Jana Binder, Johannes Moser (Hrsg.): No integration?!	200
Kulturwissenschaftliche Beiträge zur Integrationsdebatte in Europa	200
Rebekka Ehret über Esteban Piñeiro, Isabelle Bopp, Georg Kreis (Hrsg.): Fördern und Fordern im Fokus. Leerstellen des schweizerischen Integrationsdiskurses	203
Philipp Eigenmann über „Migration und Familie“, ein Tagungsbericht	206
Hanspeter Uster über Heinz Kleger: Toleranzedikt als Stadtgespräch	208
Toni Brinkmann über Frigga Haug (Hg.): Briefe aus der Ferne. Anforderungen an ein feministisches Projekt heute	211
Elisa Streuli/Hector Schmassmann über Ueli Mäder, Ganga Jey Aratnam, Sarah Schilliger: Wie Reiche denken und lenken. Reichtum in der Schweiz	213
Zeitschriftenschau	217
Autorinnen und Autoren	223

Editorial

Wirtschaftliche Globalisierung, militärische Gewalt und Umweltzerstörung zwingen Menschen weltweit zur Suche nach wirtschaftlichen Existenzmöglichkeiten, zur Flucht vor Not und Krieg. Die westlichen Industrieländer haben wesentlichen Anteil an den Ursachen von Migration. Statt auf kritische Analyse und Lösungssuche setzen meinungsmachende Medien indessen auf Alarmismus: Es stünde eine „generelle Flüchtlingswelle“ bevor, ein „Ansturm“ auf Europa sei zu befürchten; Flüchtlinge „lehnen sich inzwischen auf und verlangen bessere Lebensbedingungen – sie wollen raus aus den Lagern.“ (Spiegel 50/10) Gleichzeitig ist vom „Einwanderungs-Dilemma“ die Rede: In den Wohlstandsnationen der EU und in der Schweiz ginge ohne Migrantinnen und Migranten wirtschaftlich nichts mehr, aber statt der dringend benötigten hochqualifizierten Einwanderer „kommen Zehntausende Geringqualifizierte – überwiegend Unterschichtsangehörige“ (FAZ, 7.12.10), welche die Systeme der sozialen Sicherheit überlasteten und deren Kinder eine „höhere Schulabbrecherquote, Arbeitslosigkeit und Kriminalität“ aufwiesen. Dies sei das politische Resultat „fehlgesteuerter Einwanderung und versäumter Integration“.

Schreckbilder von „Parallelgesellschaften“ verstärken den Ruf nach schärferen Sanktionen in der „Ausländerpolitik“, vor allem gegen „Integrationsunwillige“ mit „muslimischem Migrationshintergrund“. Und reflexartige Stammtisch-Forderungen erhalten Resonanz bis weit in die bürgerliche Mitte, bei Besserverdienenden, bei abstiegsgefährdeten und ressentimentgeladenen Mittelschichten. Am sogenannten Tabu-Thema „Zuwanderung“ entlädt sich in der gegenwärtigen sozialen Krise eine fremdenfeindliche Stimmung, die in Ausländerhass kippt und alte wie neue Formen von Rassismus hervorbringt. Noch grenzen sich die von bürgerlich-liberalen Parteien enttäuschten islamfeindlichen politischen Formierungen von der völkisch orientierten radikalen Rechten ab, die in Europa im Vormarsch ist. Auf der anderen Seite bleiben die Fakten zur integrationspolitischen Lage unbeachtet, wie sie etwa im „Jahresgutachten Einwanderungsgesellschaft 2010“ ausgewiesen sind (Süddeutsche Zeitung 11./12.9.10).

In diesem xenophoben Klima ist es nicht weiter überraschend, dass der im Herbst 2010 erschienene Bestseller „Deutschland schafft sich ab“ von Thilo Sarrazin, ein wissenschaftlich verbrämtes Konglomerat von Eugenik, Sozialdarwinismus und Neoliberalismus, in der Bevölkerung auf breiteste Zustimmung stiess. Während die politische Klasse dem SPD-Mitglied, Ex-Finanzsenator Berlins und Ex-Bundesbankrat vordergründig die Anerkennung verweigerte.

Als Fanal des Aufbruchs „gegen den Islam“ gilt für Europas Rechte das in der Schweiz per Volksabstimmung im Herbst 2009 zum Gesetz erhobene „Minarettverbot“. Und die Annahme der Initiative der Schweizerischen Volkspartei (SVP) zur „Ausschaffung krimineller Ausländer“ im November 2010 bestärkt die nationalkonservativen Kräfte der bürgerlichen Parteien in ihrem Bestreben, das Nationale zu politisieren und die EU-Feindschaft anzuhetzen. Sie machen das „Schweizertum“ zur Schicksalsfrage des Landes, betreiben ihre Ausländerpolitik als Dauerwahlkampf. Bereits planen sie, die Einwanderung aus Nicht-EU-Staaten weiter zu erschweren und setzen damit den Bundesrat erneut unter Druck. So treibt dieser beispielsweise mit seinem aktuellen Vorschlag, die Daten zwischen Sozialversicherungen, Schulbehörden und Fremdenpolizei auszutauschen, die Sans-Papiers weiter in die Illegalität.

Umso dringlicher sind Analysen und darüber hinaus Konzepte und linke Gegenstrategien, die auf eine demokratische und soziale Integration aller Migrantinnen und Migranten abzielen und dabei kompromisslos Menschenrechte und Völkerrecht verteidigen.

Dank

Zu besonderem Dank verpflichtet sind wir der PRO HELVETIA – Schweizer Kulturstiftung (Zürich), die das Erscheinen des Heftes 58/2010 „Steuergerechtigkeit – umverteilen!“ finanziell mitgetragen hat. Unser Dank gilt ferner der Gewerkschaft UNIA für ihren Unterstützungsbeitrag.

Korrigendum

Die Redaktion möchte sich für einen ärgerlichen Druckfehler in Heft 58 entschuldigen. Die Autorin des Beitrags über die Europäische Sozialcharta und das Abseitsstehen der Schweiz heisst *Doris Stump*.

Ende Dezember 2010

Die Redaktion